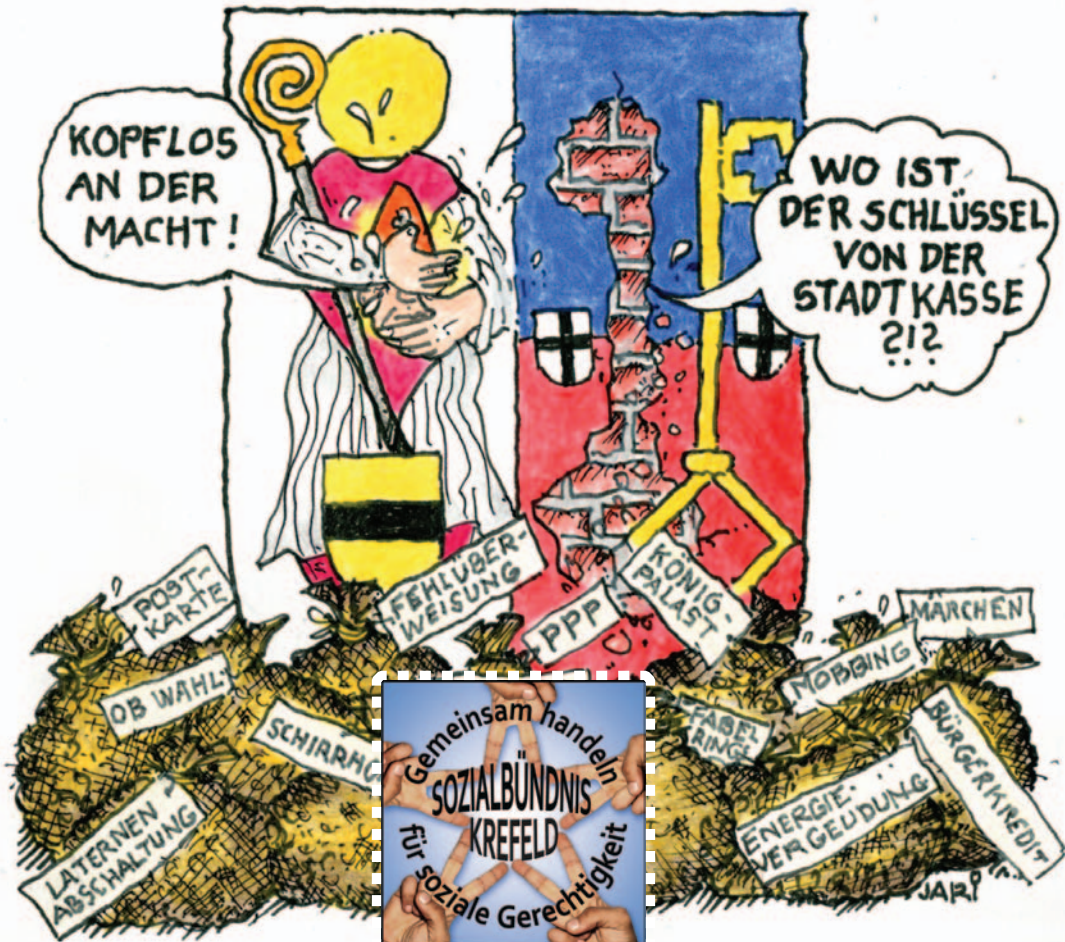


CHRONIK DER KREFELDER SKANDALE



1990 bis heute

Chronik der Krefelder Skandale

Herausgeber: ©Sozialbündnis Krefeld, im August 2014
Redaktion: Heidrun von der Stück, Jo Greyn, Egon Traxler, Ulrich Knur
Layout und DTP: Günter Bügge
Titelblatt und Zeichnungen: Jari Banas
(Die Originalzeichnungen bei Jari per Mail anfragen: info@jaricomix.de)
Technische Beratung: Torsten Flanhardt
v.i.S.d.P. Heidrun von der Stück

Sozialbündnis Krefeld, c/o Ulrich Knur, Raderfeld 100, 47807 Krefeld
Tel. 02151/300014
Web: www.sozialbuendnis-krefeld.de
Mail: kontakt@sozialbuendnis-krefeld.de

BündnispartnerInnen im Sozialbündnis Krefeld:
Alt-Katholische Kirchengemeinde • Anstoss e.V. • Arbeitskreis Dritte Welt e.V. • attac Krefeld
• Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Krefeld • Bürgerinitiative Rund um St. Josef • Cityseel-
sorge • Crew Seidenstadt-Piraten der Piratenpartei NRW • DIE LINKE. Krefeld • DGB Krefeld •
DKP Linker Niederrhein • Emmaus Gemeinschaft Krefeld e.V. • Gewerkschaft Nahrung-Ge-
nuss-Gaststätten Krefeld-Neuss • IG Metall Krefeld • Katholikenrat für die Region Krefeld /
Meerbusch • Katholische Arbeitnehmerbewegung mittlerer Niederrhein • Ökumenisches
Arbeitslosenzentrum Krefeld-Meerbusch e.V. • RABE Krefeld • Schulterschluss-Niederrhein •
Solidaritätshaus Krefeld e.V. • Sozial Atlas e.V. • ver.di Bezirk Linker Niederrhein • und Einzel-
personen

Das Sozialbündnis Krefeld trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im
Ökumenischen Arbeitslosenzentrum Krefeld/Meerbusch, Westwall 32-34, 47798 Krefeld

Spenden an das Sozialbündnis auf das Konto
Ulrich Knur
Volksbank Krefeld
IBAN DE41 3206 0362 2171 1390 18
BIC GENODED1HTK
Verwendungszweck: Sozialbündnis

2.Auflage

Die „Chronik der Skandale“ finden Sie auch im Internet auf der Sozialbündnis-Homepage unter
www.sozialbuendnis-krefeld.de/chronik-der-skandale

Chronik der Krefelder Skandale

Vorwort.....	4
Laternenabschaltung.....	6
Fehlüberweisung	8
Schirrhof.....	10
Königpalast.....	12
Vom Regenwald bis zum Saxhof.....	14
Straßenerschließungsbeiträge.....	16
Baustelle Hülser Straße	18
Niepkuhlenbrücke	19
Die größte Postkarte der Welt	20
Oberbürgermeister Wahl	21
Krefeld und sein Bauland.....	22
Der teure Sturz eines Oberstadtdirektors.....	24
„Sie geht und nimmt viel Geld aus der Stadtkasse mit.“	26
Ein Mobbing-Amtsleiter wird teuer entsorgt.....	28
Neubau Feuerwache.....	29
Geldverschwendung durch Energievergeudung.....	33
Bürgerkredit – „Leih Deiner Stadt Geld“	35
Haushaltsplanung „op Kriewelsche Manier“.....	37
Krefelder Kürzungsliste	38
Nicht überall wurde gekürzt.....	41
Zum Schluss: Ein lokalpolitisches Märchen.....	42
Die Plattform des Krefelder Sozialbündnisses.....	43

„Chronik der Skandale“

Krefeld – eine andere Stadtgeschichte der letzten 20 Jahre

Das Sozialbündnis Krefeld ist den Werten der Aufklärung und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Das Bündnis besteht aus 22 unterschiedlichen Organisationen und vielen Einzelpersonen. Viele Menschen setzen sich seit Jahren mit ihren Organisationen für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ein. Verbessert hat das wenig. Die PartnerInnen des Sozialbündnisses Krefeld sind deshalb überzeugt, dass sich die negative Entwicklung der letzten Jahre nur durch die gemeinsame Gegenwehr aufhalten lässt.

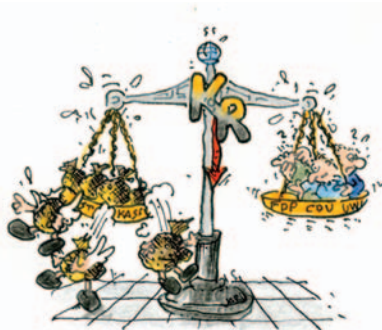
Wir haben alle ein gemeinsames Ziel, das wir nicht nur mit gemeinsamen Aktionen, sondern auch auf unterschiedlichen Wegen erreichen wollen. Diese Wege sind zum Beispiel die Aktivierung der Betroffenen, in diesem Falle der Wähler, u.a. mit entsprechend aufbereiteten Informationen. Die vorliegende „Chronik der Skandale“ soll dazu ein Beitrag sein. Das Bündnis will sich damit an der Meinungsbildung vor den bevorstehenden Kommunalwahlen beteiligen.

Eingreifen wollen wir damit auch in die Diskussionen um den Nothaushalt und

die dramatischen Kürzungen in sozialen und kulturellen Bereichen. Wir wollen aufzeigen, dass Politik und Verwaltung seit Jahren an anderen Stellen große Summen hätten einsparen können. Wir wollen aber auch aufzeigen, dass die Politik auch ganz aktuell wieder falsche Wege einschlägt – PPP-Modell neue Feuerwache.

Wir beziehen in unserer Dokumentation keine Stellung zu bestimmten Parteien oder einzelnen Kandidaten. Wohl aber soll der Leser Hilfestellung bei der Wahl von Parteien oder Kandidaten erhalten. Wir wollen dazu beitragen, dass nach den Kommunalwahlen in unserer Stadt eine andere Politik als die der letzten 20 Jahre möglich wird. Den Zeitraum 20 Jahre haben wir deshalb gewählt, weil ebenso lange eine einzige Partei die Mehrheit im Stadtparlament hatte. Dass diese Partei nun besonders im Fokus auch unserer „Chronik“ steht, haben nicht wir zu verantworten.

Mit der „Chronik“ wollen wir erreichen, dass die künftige Kommunalpolitik andere, sozialere, Konturen erhält. Lokale Politik kann nicht nur städtebauliche und



technokratische Akzente setzen. Sie kann nicht nur die Interessen des Handels, des Mittelstandes und der Großbetriebe berücksichtigen.

Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit funktioniert nicht ohne soziale Gerechtigkeit und umgekehrt. Dazu gehören öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit. Kommunalpolitik muss nach unserem Verständnis auch geprägt sein von Solidarität und Gerechtigkeit. Sie muss starken Schultern mehr auferlegen als schwachen.

Künftige Kommunalpolitik muss sehr viel stärker die Frage in den Mittelpunkt rücken, wie für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und ein menschenwürdiger Standard an sozialer Sicherheit geschaffen wird. Das gilt auch für eine humane Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Kommunalpolitik ist nicht anonym. Für jeden Beschluss gibt es Verantwortliche. Hinter jedem Beschluss stehen Namen, stehen Politiker, die ein Mandat der Bürger haben und die dem Bürger Rechenschaft schulden. Jeder Kommunalpolitiker kann

direkt auf seine persönliche Verantwortung angesprochen werden. Da reicht es nicht, alle 5 Jahre bei der Kommunalwahl das Kreuz an der vermeintlich richtigen Stelle zu machen. Sich fortlaufend zu informieren, seine Meinung zu bilden und sich rechtzeitig einzumischen ist die Voraussetzung, Einfluss auf die Lokalpolitik zu nehmen. Gemeinsam mit Gleichgesinnten ist das einfacher und effektiver, dazu bietet das Sozialbündnis Krefeld und seine vielen Bündnisorganisationen jedem die passende Möglichkeit.

Die „Chronik“ hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie beschäftigt sich mit einzelnen Vorgängen der letzten 20 Jahre. Die Recherchen beruhen auf Presse- und anderen Veröffentlichungen, eigenen Erkenntnissen, Archivmaterialien und Aussagen von Zeitzeugen. Die „Chronik“ ist in dieser Form eine Veröffentlichung, die es so in Krefeld bisher nicht gegeben hat.

Gemeinsam und solidarisch
für ein sozialeres Krefeld.



Dunkel war's, der Mond schien helle...

als in Krefeld die Laternen ausgingen

Wer das Spottgedicht „Dunkel war's, der Mond schien helle...“ (1) geschrieben hat, dessen Reiz seine Widersprüchlichkeit ausmacht, ist nicht bekannt. Wohl aber die Urheber der Krefelder Laternen-Abschalt-Posse, deren Paradoxien dem Gedicht kaum nachstehen.

Aber der Reihe nach. Am 13.3.2012 hatte die Ratsmehrheit von CDU, FDP und UWG/ freie Wähler einen Beschluss aus dem Jahr 2010 bestätigt, nach dem ein Großteil der 29.000 Straßenlaternen von Sonntagnacht bis Donnerstagnacht in der Zeit von 01:15 bis 03:30 Uhr abgeschaltet werden sollte.(2) Freitag- und Samstagnacht blieben die Laternen die ganze Nacht an. Die Umsetzung erfolgte in drei Phasen am 18. Juni 2012, am 16. Juli und am 16. August. Ausgenommen von der Ausschaltung waren alle Beleuchtungsanlagen an Fußgängerüberwegen.(3)

Diese Maßnahme wurde im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes im Dezember 2010 beschlossen, um jährlich 225 000 Euro zu sparen. Nötig waren dafür Investitionen in Höhe von insgesamt rund 249 000 Euro (später wurden 200 000 Euro genannt) für technische Änderungen an Schaltanlagen und die Markierung der Laternenmasten mit einem roten Folienring – durch diese Kennzeichnung wird für Autofahrer deutlich gemacht, dass die entsprechenden Laternen nicht durchgängig in Betrieb sind und das Parklicht eingeschaltet werden muss. Die 245.000 Euro teilen sich wie folgt auf: 13.000 Euro für die rote Klebefolie, die die Laternen markie-



ren; 70.000 Euro Personalkosten zum markieren der Laternen; 162.000 Euro mussten investiert werden, damit die Laternen an Fußgängerüberwegen einzeln schaltbar gemacht wurden. Der Einspareffekt wäre also nach 13 Monaten zum tragen gekommen.

Auch andere Kommunen schalten nachts die Straßenlaternen ab, z.B. Rheine, Meerbusch, Herford, Salzkotten, Kerpen oder Göttingen. Obwohl dies nicht unumstritten war, zeigten diese Kommunen Durchhaltevermögen, und nach anfänglichen Beschwerden der Bürger hätten sich nun alle daran gewöhnt.(4)

Bürgerproteste waren also aufgrund der Erfahrung anderer Kommunen mit der Laternenabschaltung erwartbar. Bürger lehnen die Nachtabschaltung wohl vor allem deshalb ab, weil sie befürchten, dass die Dunkelheit Überfälle, Einbrüche oder Unfälle begünstigt. Doch alle Kommunen, die z.B. der Bund der Steuerzahler NRW

zur Nachtabschaltung befragt hat, geben übereinstimmend an, dass ein Anstieg von Kriminaldelikten oder Unfällen während der Nachtabschaltung nicht festgestellt werden konnte. Gleiches hat auch die Krefelder Polizei bestätigt, die keinen signifikanten Anstieg der Kriminalität bemerkte.

„Die Stadt Krefeld hätte also wissen können, dass bei dieser Sparmaßnahme Ärger auf sie zukommt und vorher überlegen können, wie sie damit umgeht“, sagt der Bund der Steuerzahler NRW und kritisiert Oberbürgermeister Gregor Kathstede und die Krefelder CDU beim Thema Straßenlaternen scharf.(5)

Denn schon am 24. August 2012 rudert der Oberbürgermeister zurück und sagt der WZ, es gebe in der Bevölkerung eine große Verunsicherung wegen der Abschaltung, die er so nicht erwartet habe. „Es geht um das subjektive Empfinden vieler Krefelder. Die Menschen fürchten um ihre Sicherheit. Und ich nehme diese Ängste sehr ernst.“ Es sei nicht sinnvoll, eine Sparmaßnahme gegen den Widerstand der Bevölkerung umzusetzen.(6) Und in der RP wird er mit den Worten zitiert, man könne keine Politik gegen die Bevölkerung machen.(7) Ein Ausspruch, an den man sich angesichts der aktuellen Sparmaßnahmen erinnern sollte.

Am 20.9.2012 beschließt der Stadtrat, die zeitweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung aufzuheben. Die erneute Umprogrammierung der Straßenbeleuchtung kostet 10.000 Euro, die Kosten für die Entfernung der roten Ringe um die Laternen werden nicht beziffert.

In der Ratssitzung räumt Ratscherr Reuters ein, dass die CDU Fraktion die Angelegenheit im Vorfeld nicht ausreichend bedacht habe. Er könne nachvollziehen, dass sie

jetzt Häme auf sich ziehe.(8) Das reicht aber offenbar nicht aus für einen Versuch, den Schaden wenigstens zu begrenzen, z.B. mit dem Vorschlag des Steuerzahlerbundes NRW: um die Nachtabschaltung der Straßenlaternen kostenneutral zu beenden, hätte Krefeld sie zumindest so lange weiterführen können, bis die Stromersparnis die Investition wieder wettgemacht hätte.(9) Andere Kommunen haben es vorgemacht. ○

Quellen: _____

- (1) https://de.wikipedia.org/wiki/Dunkel_war's,_der_Mond_schien_helle
- (2) Niederschrift öffentlich 21. Sitzung des Rates am 13.03.2012
- (3) <http://blog.docx.org/2012/08/22/nachtliche-laternenabschaltung-inkrefeld/>
- (4) <http://www.lichter-verdunklung-sparen-wollen-id7913942.html>
- (5) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/bund-der-steuerzahler-ruegt-laternenabschaltung-aid-1.3123063>
- (6) <http://www.wz-newsline.de/lokales/krefeld/ob-kathstede-kippt-nachtabschaltung-1.1080245>
- (7) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/ob-will-laternenabschaltung-rueckgaengig-machen-aid-1.2964795>
- (8) Niederschrift öffentlich 24. Sitzung des Rates am 20.9.2012
- (9) <http://www.steuerzahler-nrw.de/Doch-kein-Lichtblick-fuer-die-Krefelder-Stadtkasse/51225c60116i1p131/>

800.000 Euro erst in den Sand gesetzt – dann das Ganze vertuscht

Am 07. Juli 2008 werden von der Stadtkasse irrtümlich knapp 800.000 Euro an J&A Plastics überwiesen. Die Firma meldet am 16. Juli 2008 Insolvenz an. Damit verschwinden die 800.000 Euro in der Insolvenzmasse.

Wann in der Verwaltung diese Fehlüberweisung bemerkt wurde, ist nicht bekannt. Fest steht lediglich, dass der Fachbereichsleiter Michael Ahlers am 14. November 2008 darüber informiert wurde. Spätestens jetzt müsste die Forderung beim Insolvenzverwalter der Fa. J&A Plastics angemeldet werden. Die Versicherung der Stadt Krefeld, die in solchen Fällen den Schaden finanziell ausgleicht, hätte spätestens vier Wochen nach Bekanntwerden der Fehlüberweisung informiert werden müssen. Nichts geschieht. Der Fachbereichsleiter gibt die Information erst ein halbes Jahr später weiter.

Nach Aussage des damaligen Leiters des Rechnungsprüfungsamtes wird der Oberbürgermeister am 13. Mai 2009 über die Fehlüberweisung informiert. Das Rechnungsprüfungsamt hätte jedoch, nachdem die Fehlbuchung festgestellt wurde, sofort auch den Rechnungsprüfungsausschuss davon in Kenntnis setzen müssen. Stattdessen wird der Bericht durch den Kämmerer Abraham und Oberbürgermeister Kathstede überarbeitet.

Am 12. Juni 2009 meldet die Verwaltung die Forderung beim Insolvenzverwalter an. Zu spät!

aus der Gemeindeordnung § 104 Leitung und Prüfer der örtlichen Rechnungsprüfung

Die örtliche Rechnungsprüfung ist dem Rat unmittelbar verantwortlich und in ihrer sachlichen Tätigkeit ihm unmittelbar unterstellt. Sie ist von fachlichen Weisungen frei.

Der Rat bestellt die Leitung der örtlichen Rechnungsprüfung und die Prüfer und beruft sie ab. ...

Sowohl dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes als auch dem OB als Dienstherr ist die Gemeindeordnung bekannt. Das Rechnungsprüfungsamt ist ein Instrumentarium des Rates der Stadt, dessen Aufgabe u.a. darin besteht, dauernde Überwachung der Zahlungsvorgänge der Stadt vorzunehmen, um gerade solche „Pannen“ zu verhindern. Kontrollorgan im Rat der Stadt ist der Rechnungsprüfungsausschuss.

Nun stehen jedoch die Kommunalwahlen im August 2009 vor der Tür, da kommen Nachrichten über Verluste von 800.000 Euro nicht so gut an.

Der Rechnungsprüfungsausschuss wird nicht informiert, obwohl dies dringend erforderlich gewesen wäre.

Im Dezember 2009 stellt der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes dem OB den Prüfbericht zu. Wieder wird der Rechnungsprüfungsausschuss nicht informiert.

Dies geschieht erst am 15. Mai 2010, zwei Jahre nach der „Panne“. Das Geld ist futsch!

Die Versicherung der Stadt ebenfalls zu spät eingeschaltet.

Konsequenzen aus dem Skandal: Der Fachbereichsleiter Michael Ahlers wird versetzt, behält aber seine Bezüge als Fachbereichsleiter. Der Amtsleiter Wolfram Gottschalk wird Amtsleiter im Fachbereich Soziales, Senioren und Wohnen. Neuer Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes wird der bisherige Stellvertreter Dietmar Hoffmann. Der Kämmerer Abrahams ist in Düsseldorf. Niemandem haben diese Konsequenzen wirklich wehgetan.



Und der OB Kathstede sitzt, wo er vorher gesessen hat. Auf seinem OB-Sessel.

○

Quellen: _____

<http://www.wz-newsline.de/lokales/krefeld/stadt-verliert-800-000-euro-an-insolventefirma-1.1209277>

<http://www.webnews.de/680037/teure-panne-stadt-ueberweist-versehen-800000-euro-aktuelles-krefel/2>

http://www.extra-tipp-toenisvorst.de/index.php?tx_SBuniplug_pi1%5Bpg%5D=6&id=2423&doc=19121&no_cache=1

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/kathstede-bestreitet-vertuschungsvorwurf-aid-1.712480>

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/fehlbuchung-abberufung-ist-bauernopfer-aid-1.713552>

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/fehlbuchung-verlust-wird-geteilt-aid-1.7159088>

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/fehlbuchung-wirbel-um-cdu-rechnung-aid-1.715990>

Ein ganz legaler Deal – Die Geschichte des Verkaufs des Krefelder Schirrhofs

Alles ganz legal zu Lasten der Krefelder Steuerzahler, man muss nur wissen wie es geht...

1997 Es gab sechs Akteure, die hier beteiligt gewesen sein sollen; man ist sich einig.

» Oberbürgermeister Pützhofen – unter dessen Schirmherrschaft die Geschichte spielt.

» Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, 100%tige Tochter der Stadt.

» Die Mehrheitsfraktion im Rat der Stadt Krefeld – die CDU.

» Herr Fabel – Vorsitzender der Mehrheitsfraktion.

» Die Firma Borgmann – die auf fabelhafte Weise einen Riesendeal macht.

» Herr Fabel, zum Zweiten, – diesmal als Hausanwalt der Firma Borgmann.

Worum geht es? Es geht darum, dass die Firma Borgmann den Krefelder Schirrhof kaufen will. Die Krefelder Presse berichtet breit über den Vorgang. Die öffentliche Empörung ist groß und sorgt für Wirbel im Stadtrat.

Der Schirrhof ist für die Zwecke der Stadt Krefeld zu klein geworden. Daher könnten die Interessen zusammen passen.

Herr Fabel soll sein Mandat als Hausrechtsanwalt der Firma Borgmann ruhen gelassen haben. Wird es auf einen anderen Rechtsanwalt übertragen?

Dann beschließt die Ratsmehrheit – unter Federführung des Oberbürgermeisters?

– die Übertragung des Schirrhofs auf die stadteigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft für sage

und schreibe angeblich 100.000 DM. War für die Übertragung eine öffentliche Ausschreibung zum Verkauf des Schirrhofs nicht nötig?

Der neue Eigentümer – die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Krefeld – will den Schirrhof schnell wieder loswerden. Sie ist offensichtlich nicht ans öffentliche



Ausschreibungsrecht gebunden und bietet daher den Schirrhof nicht zum Verkauf an. Angeblich waren zu diesem Zeitpunkt schon mehrere Interessenten aufgetreten, u.a. die Kre-Mo (Krefelder Motorenwerke, Dahlerdyk Ecke Blumentalstraße). Die Firma braucht dringend mehr Platz und sucht Flächen zur Erweiterung.

Obwohl andere Interessenten deutlich mehr geboten haben sollen, wird der Schirrhof an Borgmann verkauft, angeblich für ca. 1 Million DM.

Jetzt ist Borgmann Eigentümer – und Herr Fabel wieder Haus- und Hofanwalt der Firma Borgmann. Oder war das anders?

○

Und weil das Märchen so schön endet hier ein Auszug aus der Homepage der Firma Borgmann:

„Gutes liegt so nahe:

Durch die Treue unserer Kunden und durch die Innovation der Produkte der Marke Audi ist Herr Helmut Borgmann 1997 auf der Suche nach Expansionsfläche dort fündig geworden. Im Zuge der Ausschreibung ist das 11000 m2 große Grundstück am Nassauerring / Ecke Blumentalstraße in Krefeld umgewandelt worden in das heute wohl schönste historische Gebäude am Niederrhein.

Mit der Integration des Audi typischen Hangars an der denkmalgeschützten Immobilie ging die Erfolgsgeschichte 1998 mit Audi weiter und auch eine große Ausstellungs- und Werkstattfläche für Volkswagen Nutzfahrzeug fand dort ihren Platz.“ (1)

Quelle: _____

(1) Zitat aus der Homepage Firma Borgmann



Seid verschlungen, Millionen

Der König-Palast

Die Kriewelsche pappköpp brachten es damals in ihrem Programm etwa so auf den Punkt: „Hast du gehört, Matthes, Krefeld soll eine moderne, große Veranstaltungshalle bekommen, den König-Palast.“ „Das ist doch sicher ein Märchen?“ „Nein, das ist eine Fabel.“ Leider wurde es dann weder ein Märchen, noch eine Fabel, sondern ein finanzieller Albtraum.

Der vorrangigen Zweck für den Bau war der Wunsch nach einem Eishockey-Spielort für die Krefelder Pinguine, tatkräftig gefördert von deren früheren geschäftsführenden Gesellschafter und Generalbevollmächtigten Wilfried Fabel, gleichzeitig auch Vorsitzender der CDU Mehrheitsfraktion im Rat.(1)

Von Anfang an war klar, dass sich die Halle über die ca. 30 Eishockeyspiele nicht finanzieren ließe. Deshalb wurde von ca. 30 anderen Veranstaltungen im Jahr ausgegangen, und das, obwohl das Krefelder Umland mit gut eingeführten Veranstaltungshallen dicht besetzt ist. Am 1. Februar 2001 beschloss der Rat der Stadt, die neue Mehrzweckarena an der Westparkstraße zu errichten.

Über die Rahmenbedingungen berichtete der Aktionskreis PROarena folgendes:(2)

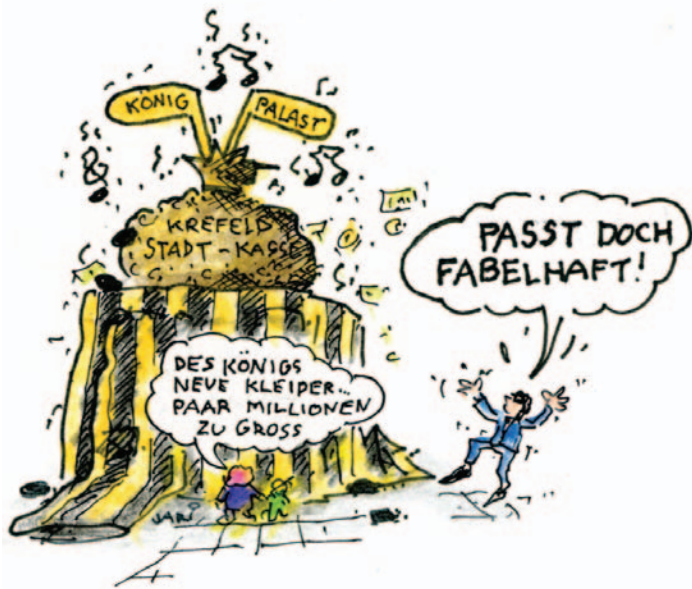
Zu den geplanten Kosten von ca. 55 Mio. steuere die Stadt direkt 12 Mio. und indirekt über ihre Tochter Bau GmbH 6 Mio. bei. Die Duisburger König-Brauerei sichere sich mit ungefähr 5 Millionen Euro die Namens- und Ausschankrechte für die Halle. Im Juni 2003 kam es schließlich zum Abschluss eines Pachtvertrages zwischen der Krefelder

Bau GmbH als Investor und Bauherr sowie der Seidenweberhaus GmbH als Betreiber der Halle. 1,8 Millionen Euro Pacht zahlt die städtische Tochter Seidenweberhaus GmbH jährlich an die städtische Tochter Bau GmbH. Dieser Pachtvertrag läuft bis 2034. Am 27. August 2003 erfolgte der erste Spatenstich, am 4. Dezember 2004 wurde die Arena schließlich mit einem Konzert eröffnet.

Der Rat beschloss, dass die Stadt einen jährlichen Verlust bis zu 500.000 Euro ausgleicht.(3) Fragen nach einem möglichen höheren Verlustausgleich wurden stets mit der Aussage beantwortet, ein höherer Verlust trete nicht auf.

Doch es kam ganz anders. Schon im Jahr 2005 betrug das Defizit des König-Palastes 2,1 Mio. Euro und sorgte für ersten Streit im Rat. Denn die Stadt muss den Verlust, den der König-Palast-Betreiber Seidenweberhaus GmbH macht, ausgleichen, damit diese 100% städtische Tochter nicht Pleite geht.(4)

Wie ein roter Faden zieht sich seitdem das Verlustgeschäft des König-Palastes bzw. der Seidenweberhaus GmbH durch den städtischen Haushalt. Im Dezember 2007 titelt die Rheinische Post: „Millionengrab König-Palast“. Auf Grund leerer Ränge und schlechter Anbindung sei jetzt Gewissheit: Der König-Palast werde der Stadt jedes Jahr ein Defizit von bis zu zwei Millionen Euro bescheren. Für das nächste Jahr müsse 2,3 Millionen Euro zugeschossen werden, in den Jahren 2009 und 2010 je 2,2 Millionen, 2011 sollen es immer noch 2,13



Millionen Euro sein. Eine Politikerin wird so zitiert: „Das ist Geld, das uns weh tut, weil es an anderer Stelle im Haushalt fehlt.“(5)

Und die Verluste sind meist höher, als im Städtischen Etat eingeplant ist, für das Jahr 2009 mussten z.B. zusätzliche 556300 Euro nachgeschossen werden.(6) Im Dezember 2013 meldet die Rheinische Post schließlich eine dramatische Situation. 2,896 Millionen Euro müsse die Stadt für

die defizitäre GmbH als Betreiberin der städtischen Veranstaltungshallen Seidenweberhaus und König-Palast mittlerweile jährlich zuschießen, um den Geschäftsbetrieb zu sichern.(7)

Diese „Fabel“ kommt Krefeld teuer zu stehen, und ein Ende der Misere ist nicht abzusehen.

○

Quellen: _____

- (1) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/cdu-fraktionschef-wilfried-fabel-tritt-ab-aid-1.3980390>
- (2) <http://www.proarena.de/index1.html>
- (3) Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Krefeld am 02.12.2004
- (4) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/streit-um-koenigpalast-aid-1.640782>
- (5) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/millionengrab-koenig-palast-aid-1.660840>
- (6) <http://www.wz-newsline.de/lokales/krefeld/im-palast-geht-das-licht-nicht-aus-stadt-schiesst-halbe-million-nach-1.149747>
- (7) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/staedtische-seidenweberhaus-gmbh-der-verlust-der-liquiditaet-droht-aid-1.3870281>

Vom Regenwald bis zum Saxhof

Falsche Entscheidungen führten in vielen Fällen zu hohen finanziellen Verlusten für die Stadtkasse

Kurzsichtige Entscheidungen in Politik und Verwaltung führten in der Vergangenheit zu Millionenverlusten in den städtischen Gebäuden. Zudem setzten sich Mitarbeiter im Rathaus in der Vergangenheit und auch in den letzten Jahren über schwerwiegende ökologische Bedenken hinweg – auch hier mit hohen finanziellen Verlusten für die Stadt. Beispiele:

Im Zuge der Dachsanierung muss 2010 auch die Holzkonstruktion des Regenwaldhauses im Zoo, unter anderem unter dem Dachtrichter, ausgetauscht werden. Durch einen Konstruktionsfehler beim Bau des Hauses 1998 kam es schon nach zwei Jahren zu Feuchtigkeitsschäden am Holz. Im Jahr 1998 wurde das 1100 Quadratmeter große Regenwaldhaus gebaut. Es soll ein „Alleinstellungsmerkmal“ im Wettbewerb der Zoos sein.

Immer wieder aber wurden Mängel durch Kondenswasser festgestellt. Die Feuchtigkeit schadete den Pfeilern aus Holzleimbindern. Dadurch wurde der Umbau nötig. Wegen der Feuchtigkeitsschäden hatte die Stadt die Architekten und die ausführende Firma verklagt. Das

Verfahren endete mit einem Vergleich. Nur etwa 160 000 Euro hatte die Verwaltung herauschlagen können, obwohl die Kosten mindestens viermal so hoch werden. Tatsächlich lagen die Kosten bei knapp unter einer Million Euro.

Marodes Holz auch an der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule. Akut wurden die Schäden im Jahr 2011, nur 18 Jahre nach der Öffnung der Schule. Baubeginn war 1992, die ersten Schüler zogen 1993 ein. Seinerzeit ist aber wohl beim ökologisch ausgerichteten Vorzeigeobjekt an der falschen Stelle gespart worden. Das Dach ist undicht, Fenster waren zeitweise zugenagelt, weil sie marode waren. Die eindringende Nässe verursachte bislang Kurzschlüsse an Elektrogeräten und Schwarzschildbildung. Schätzungen zur Sanierung des Flachdachs und der Fenster liegt bei 800 000 Euro. „Wir hatten bei der Materialauswahl einen hohen Kostendruck und mussten



nach rechtlichen Vorgaben das preisgünstigste Angebot nehmen“, berichtet Rainer Hendrichs, der damalige Leiter des Fachbereichs Schule. „Das kann dazu führen, dass man qualitativ nicht so gute Sachen bekommt.“

Kita-Dächer im November 2010: Das Gebäudemanagement der Stadt hatte beim Schneechaos im November 2010 ohne Umschweife gehandelt, als an den Pultdächern der Kindertageseinrichtungen u.a. an der Bischofstraße in Oppum und der Ritterstraße sichtbare Schäden aufgetreten waren. Zwei Kitas waren über mehrere Tage geschlossen. Nur für die Sicherungsmaßnahmen waren 100 000 Euro notwendig. Ein Gutachten legte nahe, dass es keine Gewährleistungs- oder Regressansprüche an den Krefelder Statiker oder an ausführende Baufirmen gibt. Die Gebäude waren Ende der 90er Jahre errichtet worden. Gewährungsfristen liegen im Regelfall bei drei bis fünf Jahren. Ein „arglistiges Verschweigen“ eines Mangels, der Schadenssprüche der Stadt gerechtfertigt hätte, liege nicht vor. Insgesamt kosteten die Reparaturen die Stadt rund 440 000 Euro.

Sanierung Saxhof, 22 Reihenhäuser werden auf extrem belasteten Flächen durch die frühere Färberei/Reinigung Froitzheim) in den 70er Jahren gebaut. Die Pläne wurden damals von der Stadt genehmigt. Die Sanierungskosten für die aufwändigen Arbeiten 2012/13 liegen bei vier bis fünf Millionen Euro, die vom Land und der Stadt (20 Prozent) aufgebracht werden müssen.

Auf einer Fläche von 440 Quadratmetern musste der schwer belastete Boden bis in eine Tiefe von 15 Metern ausgetauscht werden. Bei der Aktion wurden insgesamt 16 000 Tonnen Material bewegt. Das schwer belastete Erdreich wurde zu Depo-nien in Brüggen und Hünxe gebracht.

Auf dem Gelände der ehemaligen Großreinigung Froitzheim waren erhebliche Belastungen der Bodenluft, des Grundwassers sowie des Bodens festgestellt worden. Ein gefüllter Schweröltank war beim Abbruch der Großreinigung Froitzheim 1972 zerstört worden – die giftige Substanz war ungehindert in der Erde versickert. Vier Jahre später wurden die 22 Häuser über den Resten von Froitzheim gebaut.

Kindergarten Randstraße, Februar 2012. Die WZ deckt auf, dass in Teilbereichen der künftigen Kita erhebliche Bodenbelastungen vorhanden sind. Anwohner hatten gegen die Pläne Einspruch erhoben. Sie wussten, dass in früheren Jahren an Lunkebeins Kull erhebliche Mengen an Giftmüll versenkt oder vergraben wurden. Der Bau wird nach der Enthüllung nicht realisiert. Die Planungskosten sind in den Sand gesetzt. Ein Ersatzgelände ist bis heute nicht gefunden.



Quellen: _____

Regenwaldhaus:

wz-online 05.06.2008

Kurt-Tucholsky-Gesamtschule:

wz-online 22.03.2011, 15.05. 2012,
07.02.2012

„Stadt verschenkt Millionen“⁽¹⁾ – „dort, wo die Besserverdienenden wohnen“⁽²⁾

berichtete die Rheinische Post im Februar 2008 und mit ähnlichem Tenor schon Ende September 2007 die Westdeutsche Zeitung über einen unglaublichen Skandal.

Wem schenkte die Stadt Krefeld Millionen? Und warum?

Diesmal geht es um Straßenerschließungskosten, die von der Stadt nach Fertigstellung einer Straße oder eines Teilstücks erhoben und auf die Anlieger umgelegt werden. Für viele Hausbesitzer kann es hierbei um erhebliche Belastungen gehen.

Wie die Grünen Krefeld, die den Skandal aufdeckten, herausfanden, sind in offensichtlich wenigstens 200 Fällen die Anlieger nicht zur normalerweise obligatorischen Kostenbeteiligung heran gezogen worden. Dabei soll die Stadt Krefeld auf bis zu 36 Millionen Euro verzichtet haben, Geld mit dem die Stadt die heutigen Probleme nicht hätte.

In jedem Einzelfall einer fertig gestellten oder per Ratsbeschluss eben noch nicht ganz fertigen Straße handelt es sich um eine politische Entscheidung des Rates. Bei manchen wird eben abkassiert, bei anderen nun mal nicht.

Was fanden die Grünen dazu heraus? In den Bereichen Stadtmitte, Schicksbaum und dem Hülser „Legoland“ wurde angeblich sofort nach Fertigstellung Kasse gemacht.

Aber: Die WZ berichtet von „auffälliger Häufung unbezahlter Straßen im Stadtbezirk Ost, rund um den Stadtwald, in Ver-

berg und Traar, dort, wo die Besserverdienenden wohnen.“

Für Ratsherrn Rundmund (Grüne) war dies ungerecht: „In Schicksbaum waren die Straßen schnell fertig. Da mussten die Leute zahlen. In Bockum gibt es teilweise seit Jahrzehnten keine Rechnung.“

Die Stadtverwaltung rechtfertigte sich laut Krefelder Presse mit dem Verweis auf Personalmangel und dem angeblich komplizierten Verfahren. Weiter schreibt die Rheinische Post: „Baudezernent Thomas Visser weist die Kritik zurück. Die Politik entscheide, wann eine Straße fertig gestellt werde. Das setze die Verwaltung nur um.“

Und wo kein Ratsbeschluss, da auch kein Verwaltungshandeln. So ist das eben – in Krefeld.

Die Grünen hatten Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Behördenhandelns und dachten darüber nach, „die Gemeindeaufsicht einzuschalten“.

Tja, hier hört die Geschichte auf. Ob die Gemeindeaufsicht eingeschaltet wurde, ob es Prüfungen gab oder inzwischen sogar die Umlage entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen erhoben wurde, ist kaum nachzuvollziehen. Geschenkt ist eben geschenkt. ○

Quellen: _____

- (1) Rheinische Post, 14.02.2008, „Stadt verschenkt Millionen“
- (2) Westdeutsche Zeitung, 28.09.2007, „Grüne: Stadt hat 18 Millionen Euro Straßen-Erschließungskosten niemals abgerechnet“



Beweissicherung „wenig hilfreich und nützlich“

2,2 Millionen Euro für die Hülser Straße: Fabel verzichtet freiwillig auf Anteile aus der Insolvenzmasse einer Krefelder Tiefbaufirma

September 2009: Ein großes Loch öffnet sich auf der Hülser Straße. Mehrere Pkw hätten dort abstürzen können. Der Fachbereich Tiefbau der Stadt sperrte sofort zwischen Weyerhofstraße und Moritzplatz auf einer Länge von rund 300 Metern. Es dauerte etwa ein halbes Jahr, bis in einer Tiefe von rund sechs Metern ein neuer Kanal verlegt wurde. Wie der Chef der damaligen Tiefbaufirma, der Geschäftsführer der August Kamper GmbH, Tiefbauunternehmung, Herbertzstraße, einräumte, könnte die Ursache in der nicht fachgerechten Ausführung des Kanalbaus gelegen haben.

Der damalige Kamper Geschäftsführer räumte gegenüber der Westdeutschen Zeitung ein, dass er hätte hellhörig werden müssen, als das Verfüllmaterial Flüssigbeton durch die Wand in den Keller der Gaststätte „Paulusklausur“ an der Ecke Hülser Straße/Girmesgath eingedrungen sei. „Es kann sein, dass der Beton zu flüssig war, dass er sich unter der Erde verlaufen hat.“ Und weiter: „Ich bedaure den Vorgang sehr und will versuchen, so weit wie möglich zur Aufklärung beizutragen.“ Für die Abnahme des neuen Kanals war ein inzwischen verrenteter Bauleiter des städtischen Fachbereichs Tiefbau verantwortlich.

Die Kamper GmbH hat bereits vor Jahren Insolvenz angemeldet. Das Verfahren ist

jedoch zum damaligen Zeitpunkt nicht abgeschlossen. Der Insolvenzverwalter, Rechtsanwalt Carl Wiegand, erklärte damals, dass die Stadt Krefeld, die damals Bauherr war, durchaus noch Ansprüche im Insolvenzverfahren geltend machen könne. Wiegand: „Auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist kann nach einem Schadensfall Gewährung verlangt werden. Denn mit dem Schadensfall beginnt diese Frist erneut. Sie läuft erneut seit dem September 2009. Wie der Anwalt andeutete, bestehe die Konkursmasse durchaus nicht nur aus „Peanuts“. Ärgern würden sich nur die anderen Gläubiger in dem Verfahren, deren Anteile sich mit eventuellen Ansprüchen der Stadt entsprechend verringern würden.

Einer Beweissicherung für eventuelle Regressansprüche der Stadt gegenüber der Firma stellte sich jedoch Fraktionschef Wilfried Fabel (CDU) in einem Schreiben an Anwohner in den Weg:

„Umso weniger haben wir Verständnis dafür, dass nunmehr auch noch ein zeitraubendes Beweissicherungsverfahren durchgeführt werden soll, das in der Sache wenig hilfreich und nützlich ist und nach hiesiger Einschätzung außer zu einer weiteren Zeitverzögerung zu Nichts führen dürfte.“ Die Gesamtkosten für den neuen Kanal, Straße und Schienen lagen bei 2,2 Millionen Euro.

○



Niepkuhlenbrücke „verfallen und verfault“

Gebaut wurde die Brücke in der Regie des Fachbereichs Tiefbau der Stadt. Zuständig für die Kontrolle und Unterhaltung der Brücke war hingegen der Fachbereich Grünflächen. Dort sind in der mangelnden Wartung auch die Ursachen für den Ruin der Brücke zu suchen.

Falsche politische Entscheidungen und Fehler in der Unterhaltung kosten mindestens 500000 Euro

Politische Fehler und Sünden der Verwaltung sind Gründe dafür, dass 500 000 Euro mit der Niepkuhlenbrücke verpulvert wurden. Das endgültige Aus der Holzbrücke stand bereits im Spätherbst 2011 fest. Im Bausschuss hieß es dazu: „Nach vorliegenden Informationen lässt der aktuelle Zustand der Niepkuhlenbrücke eine zweckgebundene Nutzung nicht mehr zu, weil das Holzbrückenbauwerk zum größten Teil verfallen und verfault ist.“

Bei einer Untersuchung durch ein Ingenieurbüro wurden auf der 80 Meter langen Brücke im Naturschutzgebiet an der Nieper Straße Pilzbefall und Risse festgestellt. Die Verkehrssicherheit war nicht mehr gegeben. Daher ist die Brücke Anfang August gesperrt worden. Im Juli wurde der Verwaltung das Gutachten des Ingenieurbüros vorgelegt, die die Brücke eingehend begutachtet hatte. Stadtsprecherin Angelika Peters befürchtete danach: „Wir können nicht ausschließen, dass wir die Brücke sogar abreißen müssen.“

Eingeweiht wurde die neue Brücke im Februar 1997. Sie kostete damals rund 550000 Mark – umgerechnet mehr als 250000 Euro. Im Vorfeld des Baus der Brücke hatten mehrere CDU-Stadträte und der damalige Baudezernent Klaus Lorenz vor der Eiche gewarnt und sich für afrikanisches Bongossi-Holz eingesetzt. Mit den Stimmen von SPD und Grünen bei zwei Enthaltungen der CDU sprach sich der damalige Stadtrat jedoch für die heimische Eiche aus.

Angesichts der Haushaltslage ist völlig ungewiss wann und ob überhaupt eine neue Brücke gebaut werden kann. Alleine der Abriss des alten Bauwerks würde rund 60 000 Euro kosten. Ein Plan, eine kombinierte neue Stahl-/Holzbrücke zu bauen, würde rund eine halbe Million Euro kosten. Ebenso hoch werden wahrscheinlich fällige Rückzahlungen an die Landeskasse sein, die die Stadt einschließlich Zinsen für geleistete Zuschüsse dafür zurückzahlen müsste.



Quellen: _____

wz-online 11.09.2011, 07.11.2012,
25.09.2013

„Krefeld – schön hier“

300.000 Euro weg

Die größte Postkarte der Welt



Image-Verlust ist in den letzten Jahren zu einem Krefelder Markenzeichen geworden.

Als ehemals weltbekannte Samt- und Seidenstadt inzwischen bedeutungslos, hat Krefeld in den letzten Jahrzehnten viel von dem verloren, wofür es einmal weit über seine Grenzen bekannt war: seine Schönheit als „Weiße Stadt“, seine Werkkunstschule, einen großen Teil seiner ursprünglich schönen Bausubstanz.

Geblichen ist die „Größte Straßenmodenschau der Welt“ – jetzt „Fashionworld“.

Aber auch das reichte nicht mehr aus, Krefeld vor dem weiteren Abrutschen in die Provinzialität im Schatten Düsseldorfs zu bewahren.

Eine Imagekampagne musste her: „Krefeld – Schön hier“

Als kleine soziale Einrichtungen von Schließung bedroht waren und der Stadt Krefeld vergleichsweise bescheidene Beträge abtrotzten, war es offensichtlich für die Stadt und ihren Oberbürgermeister kein Problem, 300.000 Euro für eine Imagekampagne aus dem Hut zu zaubern.

Kern dieser Imagekampagne war – wie

die Westdeutsche Zeitung (1,2) berichtete – die größte Postkarte der Welt. Einmal wieder berühmt sein! Einmal ins Guinness-Buch der Rekorde!

42,295 Quadratmeter ist sie geworden, mit einem Tieflader wurde sie zugestellt – und doch war sie nach genau drei Monaten schon wieder Geschichte. Denn Berlin hatte dann pünktlich zur Leichtathletik-WM 2009 eine um sechseinhalb Quadratmeter größere Ansichtskarte. Aber da stand Münster schon in den Startlöchern...

Die Krefelder Postkarte war kurzzeitig in einem Kaufhaus zu sehen, jetzt ist sie im Rathaus „eingemottet“ – genauso wie auch die Kampagne „Krefeld – Schön hier“

○

Quellen: _____

- (1) Westdeutsche Zeitung, 15.01.2009 „Krefeld will mit der größten Postkarte der Welt ins Guinnessbuch der Rekorde“
- (2) WZ-newsline, 10.08.2009 „Berlin hat jetzt die größte Postkarte“

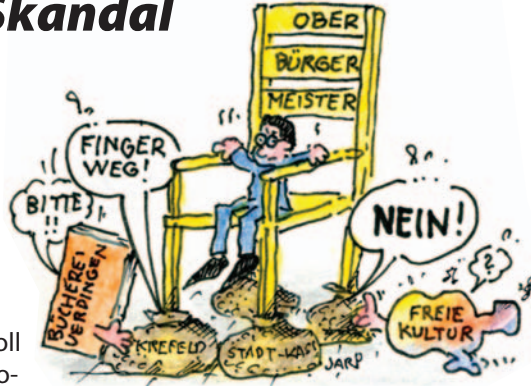
Sein gutes Recht – und trotzdem ein Skandal

Mit der vorgezogenen Oberbürgermeisterwahl hätte die Stadt bis zu 300.000 Euro sparen können.

Am 25. Mai 2014 soll in NRW die Europa- und Kommunalwahl erfolgen. Die Landesregierung würde es gerne ermöglichen, dass zum selben Termin auch die Neuwahl der Bürgermeister durchgeführt werden kann, die planmäßig erst ein Jahr später kommt. Dazu müssten diese allerdings vorzeitig von ihrem Amt zurück treten, da sie in der Regel bis 2015 gewählt sind. Einige Bürgermeister sind offensichtlich auch dazu bereit.

Aber es gibt ein Problem. Der Landesregierung sei ein „ärgerlicher technischer Fehler“ (1) unterlaufen, räumt Michael Hübner (SPD) ein, da sie sich dann im Fall einer Stichwahl nicht mehr Bürgermeister nennen dürften. Doch hier hat die Landesregierung schon Abhilfe geschaffen: Die zurück getretenen Bürgermeister dürften den Titel bis zum ursprünglichen Ende ihrer Amtszeit behalten. Und nicht nur das: Sie sollen auch keine finanziellen Nachteile erleiden. Denn wer 2014 ausscheidet, soll bei der Pensionszahlung so behandelt werden als wäre er bis 2015 im Amt gewesen. Sage einer, sie würden nicht für sich sorgen!

Die rot-grüne Landesregierung erwartet von dieser Neuregelung neben einer höheren Wahlbeteiligung auch finanzielle



Einsparungen bei den klammen Kommunen.

Inzwischen gibt es durch alle Parteien eine erstaunliche Zahl von

Bürgermeistern und Landräten, die sich vorzeitig zur Wahl stellen wollen, darunter – wie die Rheinische Post am 13.06.2013 berichtete – der Bürgermeister (SPD) aus Moers und der Landrat (CDU) des Kreises Heinsberg, auch die Bürgermeister aus Brügggen und Meerbusch (beide CDU).

Andere sind allerdings nicht bereit, den OB-Stuhl frei zu machen. Einer von ihnen ist der Krefelder Oberbürgermeister Gregor Kathstede. Er beharrt auf seinem Recht bis 2015 weiter zu machen. Und dieses Beharren kostet die Krefelder viel Geld – mehr Geld als ein großer Teil der Kürzungsliste der Stadt Krefeld vom Werkhaus bis zur Uerdinger Bucherei ausmacht: bis zu 300.000 Euro! Das ist der Betrag, den die Stadt Krefeld für eine eigenständige Bürgermeisterwahl aufbringen müsste. Da können die Krefelder doch froh sein über ihren OB, dem so viel am Wohl seiner Stadt liegt!



Quellen: _____

(1) Rheinische Post, 13.06.2013 „Panne im Gesetz zu OB-Wahl 2014“

Man wird doch wohl mal fragen dürfen!? **Krefeld und sein Bauland**

“Man wird doch wohl mal fragen dürfen“ war anscheinend die Devise von Herrn Fabel in der Auseinandersetzung um städtische Grundstücksgeschäfte 2013 in Bockum. Die Frage, die der langjährige Fraktionsvorsitzende der CDU im Krefelder Stadtrat in breiter Öffentlichkeit stellte, lautete „Ist Geld geflossen? Gibt es Parteipendenzen?“. Und spricht im Weiteren bei SPD, Grünen, UWG und Verwaltung von „Untreue zu Lasten der Stadt Krefeld“. (1)

Natürlich ist es ein Skandal, wenn politischer Einfluss genutzt wird, um privaten Immobilieninteressen gegenüber der Stadt Krefeld Vorteile zu verschaffen. Bewundernswert ist aber weniger der Rundumschlag, mit dem Herr Fabel Verwaltung und politische Gegner verdächtigt. Bewundernswert ist eher der Mut, mit dem er sich an das Thema Grundstücksgeschäfte wagt, bei dem er und seine Familie sich

seit vielen Jahren mit unangenehmen Fragen konfrontiert sehen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Grundstücksgesellschaft Regio, für die Fabels Schwager Josef Krings in Krefeld Verhandlungen führt. Der Fischelner Landwirt Krings machte das so erfolgreich, dass der Gutachterausschuss im Jahr 2006 kritisierte, die Regio verfüge über 97 Prozent des Bauerwartungslandes, das zwischen 2003 und 2005 verkauft wurde. (2) Und dies betrifft nur einen kurzen Ausschnitt der langen Zeit, in der Krings in und um Krefeld aktiv ist.

Die SPD vermutete: Es könnte bei den Grundstücksgeschäften Insiderwissen genutzt werden. Und nicht nur die SPD. Als es im Rat Streit um die Nordwest-Umgehung in Fischeln gab, erneuerte Herr Heitmann (FDP) die Vorwürfe: „Hier geht es in Wirklichkeit um eine Erschließung für die



Regio“, sagte der FDP-Fraktionschef und warf dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Fabel dubiose Grundstücksgeschäfte vor. Und setzte noch einen drauf: Fabel solle nicht so tun, als ob er davon keine Ahnung hätte. „Ihr Schwager spricht über die Regio und seine Pläne in Fischelner Kneipen.“(2)

Fragen warf auch die Wohnbebauung in Süden Fischelns auf. Eine große Fläche im Südwesten Fischelns gehört seit über 20 Jahren der Stadttochter Wohnstätte. Gebaut wurde hier bisher nicht. Stattdessen wächst östlich davon seit Jahren das Gebiet Kütterheide. Das Gelände war vor der Bebauung in privaten Händen. Die Verhandlungen für die Regio für das Gebiet Kütterheide führte wer? Natürlich Fabels Schwager Josef Krings.(3)

Das sind Vorgänge, die man in Zeitungen schwarz auf weiß nachlesen kann. Geschichten und Gerüchte gibt es viel mehr. Und nach all dem wird man doch wohl mal fragen dürfen: gab es Insiderwissen und welchen Nutzen zog die Regio bzw. Herr Krings aus Ratsentscheidungen, für die sein Schwager Fabel die Mehrheiten organisierte?

○

Quellen: _____

- (1) <http://www.wz-newsline.de/lokales/krefeld/fabel-wirft-linne-un-treue-vor-1.1376207>
- (2) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/grundstuecks-streit-im-stadtrat-aid-1.689217>
- (3) <http://www.wz-newsline.de/lokales/krefeld/spd-fordert-eine-neue-baupolitik-1.873665>



Vor 25 Jahren wurde Alfred Dahlmann von einer Zweidrittel-Mehrheit im Rat seiner

Mit 55 Jahren war er im November 1986 angetreten, um in Krefeld neue Strukturen für eine moderne und effiziente Verwaltung zu schaffen. Nur zwei Jahre später musste Alfred Dahlmann seinen Schreibtisch räumen. Das nächtliche Geschehen Ende Oktober 1988 an der Carl-Wilhelm-Straße sieht der nach wie vor drahtige und energische Dahlmann in seinem Haus in Ratingen heute gelassen.

In seinem Badezimmer hängt ein Foto vom früheren Stadtpalais der Seidenbarone der von der Leyens in Krefeld, dem heutigen Rathaus. Seine Erinnerungen an die Stadt aber sind zweischneidig. „Nein“, wehrt Alfred Dahlmann ab. Auch 25 Jahre nach seiner Entmachtung als Oberstadtdirektor in Krefeld ist er nicht bereit, über die Hintermänner seiner Entmachtung zu sprechen. „Darüber ist viel geschrieben, spekuliert und diskutiert worden. Ich sehe auch heute keinen Anlass, mich daran zu beteiligen.“

Gerüchte von Rauschgift und Prostituierten geisterten damals durch die Schlagzeilen in ganz Deutschland. „Ich hatte Besuch von zwei mir bekannten Frauen aus Düsseldorf. Warum die Polizei plötzlich vor der Wohnung stand, weiß ich nicht mehr“ sagt Dahlmann im Rückblick. Auch nicht, wie die 3,7 Gramm Haschisch in die Wohnung kamen. Er ist Nichtraucher. „Ich habe den Beamten und dem Drogenhund alle Schränke und Schubladen geöffnet, damit sie dort kontrollieren konnten. Sie fanden

nichts und auch eine Blutprobe ergab, dass ich absolut sauber war.“

Dahlmann war als Beamter für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt worden. Noch vor seiner Abwahl, die ihm die „Führung der Dienstgeschäfte“ untersagte, waren die Ermittlungen des Staatsanwalts ergebnislos eingestellt worden. Dennoch zeigten sich die Politik mehrheitlich unbittlich. „Einen Oberstadtdirektor privat gibt es nicht“, sagte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Rat, Wilfrid Fabel. Ein Stadtoberhaupt müsse an sich strengere Maßstäbe anlegen lassen als Normalsterbliche.

Für die spätere Grünen-Bürgermeisterin Rita Thies offenbarte sich hinter den Beschuldigungen gegen Dahlmann eine „Doppelbödigkeit von selbsternannten Moralaposteln“. Alfred Dahlmann bedau-



Ämter entbunden

ert im Rückblick vor allem, dass er weder im Rat noch von den Fraktionen angehört worden sei.

Er sagt es nicht, lässt aber durchblicken, dass der Vorfall in Teilen der politischen Fraktionen durchaus willkommen war. Mit Dahlmanns christdemokratischen Parteifreunden stimmte auch die SPD im Rat im Dezember 1988 für seine Abwahl. Lediglich die fünfköpfige Grüne Fraktion, der neben Thies damals auch schon Rolf Rundmund angehörte, sprach sich dagegen aus. In allen Diskussionen wird ein wichtiger Aspekt nie in Zweifel gezogen: Dahlmanns exzellente Fachkompetenz.

Über Personen will Dahlmann nicht sprechen, wohl aber über Hintergründe. Als Mitglied der Gewerkschaft ÖTV ist er ein entschiedener Gegner der Privatisierung der kommunalen Müll- und Klärschlamm-Verbrennungsanlage (MKVA) an der Parkstraße in Uerdingen. Der Oberstadtdirektor steht dem Projekt im Wege, das vor allem von der CDU favorisiert wird.

Nur ein halbes Jahr nachdem der unbequeme Querkopf matt gesetzt wurde, beschließt der Rat 1989 die Privatisierung der MKVA in zwei neue Gesellschaften. Sechs Jahre später wird auch die städtische Müllentsorgung privatisiert und als GSAK der EGK angegliedert.

Die Entsorgung Dahlmanns selbst aber wird teuer. Sechs Jahre lang, bis zum Ablauf seiner Amtszeit, muss die Stadt seine Ruhebezüge von monatlich rund 5000 DM in dessen Heimatstadt Ratingen überwei-

sen. Umgerechnet kommt so eine stattliche Summe von 200000 Euro zusammen. Aufkommen muss die Stadt darüber hinaus bis heute für das Ruhegehalt von Dahlmann.

Da spielt es keine Rolle, dass er als späterer Manager der Entwicklung des Düsseldorfer Hafens ungleich höhere Summen bewegt. Er verweist stolz darauf, dass er dort im Auftrag der Stadt Düsseldorf im Laufe von 16 Jahren „rund zwei Milliarden Euro an Investitionen und ein- bis zweitausend Arbeitsplätze“ angeschoben habe.

Biografisches:

01. November 1986 bis 16. Dezember 1988 Oberstadtdirektor der Stadt Krefeld.
 Geboren am 14.11.1933 Essen; katholisch.
 Abitur 1954,
 1954 bis 1958 Jurastudium,
 24.7.1959 Promotion in Saarbrücken (Dissertation: „Die Befugnis des Bundespräsidenten, Staatssymbole zu setzen“),
 22.2.1958 erste juristische Staatsprüfung, anschließend juristischer Vorbereitungsdienst,
 5.8.1963 zweite juristische Staatsprüfung,
 1.11.1963 Assessor bei der Stadt Köln,
 1.5.1965 Erster Beigeordneter in Ratingen,
 1.4.1971 Stadtdirektor in Ratingen.

○

et

Dr. Annika Edelmann soll noch immer auf der Gehaltsliste der Stadt stehen.

Als Dr. Annika Edelmann Mitte 2003 Chefin der Krefelder Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) wird, hat sie einen Vertrag in der Tasche, der eigentlich nicht dorthin sondern zur Prüfung an die Staatsanwaltschaft hätte gehen sollen.

Die attraktive junge Frau (die Krefelder sagen: „Die hatte so schöne Augen.“) soll der Stadtspitze aus älteren grauen Herren mit dem damaligen Oberbürgermeister Dieter Pützhofer (CDU) einen Vertrag zu unglaublichen Konditionen abgehandelt haben. Doch dazu später.

Bis zu ihrem Vertragsbeginn hatte seit Jahren Dr. Volker Helms die Spitze der WFG besetzt. Er wurde kurzerhand „mit anderen Aufgaben betraut“. Damit war der Platz frei für Frau Dr., die auch gleich neue Ideen mit nach Krefeld brachte.

Vor allem soll sie vorgehabt haben, die Bereiche Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing in einem neuen Konzept zusammenzufassen und so die Krefelder Wirtschaft „auf Trab zu bringen“.

Damit sollen allerdings OB Pützhofer und sein designierter Nachfolger Gregor Kathstede so gar nicht einverstanden gewesen sein, ist doch gerade das Stadtmarketing eine Bühne, auf der sich trefflich glänzen lässt.

Aber auch Frau Dr. Edelmann wollte sich die Show nicht nehmen lassen.

Der Unmut über die Wirtschaftsförderin wurde immer größer, der Druck und „Knatsch“ musste beendet werden. Wie praktisch, dass man da schon mit einem

komfortablen Vertrag vorgesorgt hatte. Man trennte sich in beiderseitigem Einvernehmen – damit waren dann beide Seiten zufrieden.

Und das Kleingedruckte aus dem Arbeitsvertrag? Nicht der Rede Wert!

Bei der hohen Verschuldung der Stadt Krefeld machte das auch nichts mehr aus:

WFG-Chefin Dr. Annika Edelmann soll eine Abfindung von schlappen 300.000 Euro und eine magere Rente (bis ans Lebensende?) von nur einem Viertel ihrer damaligen Bezüge erhalten haben und immer noch erhalten. Allein die Rente dürfte bei durchschnittlich nicht unter 2000 Euro monatlich liegen.

Rechnet man das hoch mit der durchschnittlichen Lebenserwartung von Frauen (ca. 86 Jahre), kommt man auf knapp 1,5 Millionen Euro. Wenn das kein gutes Marketing war!

Dr.(phil.) Annika Edelmann (heute 49) war nach ihrer Krefelder Zeit seit 2006 Hauptbereichsleiterin für Entwicklung, Marketing und Vertrieb bei der RAG Montan Immobilien in Essen und ist dort 2011 zur Leiterin des Zentralbereichs Unternehmenskommunikation und Marketing aufgestiegen. Zudem ist sie Aufsichtsrätin bei der Inoges AG an der Westparkstraße, die von Wolfgang K. Hoever geführt wird.

○

Quellen: _____

- (1) <http://niederrhein2005.blogspot.de>
- (2) Bündnis `90 Die Grünen, Pressemitteilung, 23.12.2005,
„Schaden für Krefeld minimieren —
Sauberer Schnitt für Neuanfang“



 Sie geht und nimmt viel Geld aus der Stadtkasse mit.



Unkündbarer Beamter 

Ein Mobbing-Amtsleiter wird teuer entsorgt

Um 7.45 Uhr im Oktober 2002, vor knapp 12 Jahren, kletterte ein damals 55 Jahre alter Mitarbeiter des Krefelder Gesundheitsamtes auf das Fensterbrett seines Büros im zweiten Stock in der Gartenstraße- und sprang in die Tiefe. Betriebsarzt Dr. Hendrik van B. erlag am 14. November 2002 seinen schweren Verletzungen. Zuvor war er von seinem Chef, Amtsleiter Dr. Thomas Menn, über Jahre gemobbt worden. In seinem Abschiedsbrief hieß es: „Im Gesundheitsamt hat es Verbrechen an der Menschlichkeit gegeben.“

Die „Rheinische Post“ schrieb damals: Zahlreiche Ex- erhoben schwere Vorwürfe gegen den Leiter des Fachbereichs Gesundheit, Dr. Thomas Menn. Er soll seine Mitarbeiter jahrelang gequält haben - mit Wissen seiner Vorgesetzten, Oberbürgermeister Dieter Pützhofer und Stadtdirektor Jürgen Küper, der für den Bereich Gesundheit zuständig war.

Weiter stellte die Zeitung fest: Bereits 1999 hatte es nach mehreren Beschwerden von Mitarbeitern des Gesundheitsamtes ein Krisengespräch gegeben. Einzige Konsequenz: Künftig war bei Dienstgesprächen Stadtdirektor Jürgen Küper anwesend. In der restlichen Zeit waren die Mitarbeiter jedoch weiterhin den Schikanen ihres Vorgesetzten schutzlos ausgeliefert. Und der machte weiter wie bisher, setzte seine Leute unter Druck, tobte, riss Bilder von den Wänden, intrigierte. Viele Mitarbeiter zogen Konsequenzen, gingen in den vorzeitigen Ruhestand oder kündigten. Rund

70 Prozent des Gesundheitsamtspersonals wechselte in der Amtszeit von Menn den Job.

Der Amtsleiter wurde für die Verwaltung untragbar. Nach diesem Drama um den Selbstmord bot sich eine Möglichkeit, die vielerorts zur Entsorgung unhaltbarer Mitarbeiter genutzt wurde. Menn wurde als Entwicklungshelfer in die neuen Bundesländer abgeschoben. Ab 2005 wurde er Leiter des Gesundheitsamtes in Frankfurt/Oder. Nach seiner Zeit dort ist der heute 60jährige derzeit Chefarzt in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg und zog nach Potsdam.

Derzeit gehört er dem geschäftsführenden Vorstand des Bundesverbandes der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst als Beisitzer an. Zeitweilig war er sogar Bundesvorsitzender dieses Gremiums. Auch auf der aktuellen Homepage des Medikamentenhilfswerks aktion medeor (Tönisvorst) taucht er auf: „Vizepräsident: Dr. Thomas Menn, Potsdam.“

Nach unbestätigten Meldungen steht er bis heute auf der Gehaltsliste der Verwaltung, die ihm dafür zeitweise rund 6000 Euro monatlich gezahlt haben soll. Wie weit oder wieviel aus Frankfurt/Oder Kompensationen dafür nach Krefeld flossen, ist nicht bekannt. Menn ist Beamter auf Lebenszeit und damit unkündbar. ○

Quellen: _____
moz.de (Märkische Online-Zeitung)
07.10.2009,
rp-online 11.10.2002

Kreditaufnahme (Verschuldung) heißt jetzt PPP

Neubau Feuerwache,
Auftragsvergabe: Pi mal Daumen

29

Mindestens 85,7 Millionen für die Feuerwache.

Eine neue Feuerwache wird gebaut und das ist notwendig! Die alte Feuerwache an der Florastraße ist hoffnungslos veraltet.

Im Februar 2010 erwarb die Stadt das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs an der Ritterstraße/Güterstraße von der Deutschen Bahn für 2,7 Millionen Euro. Das Gelände ist groß genug und liegt ideal. Das Problem war und ist die Finanzierung.

Angesichts der Haushaltssicherung (seit 2013 Nothaushalt) ist eine zusätzliche Verschuldung durch die Bezirksregierung genehmigungspflichtig. Da kommt es gelegen, wenn man das Kind einfach umbenennet. Aus Verschuldung wird PPP (Public Private Partnership oder ÖPP Öffentliche Private Partnerschaft). Da stimmen sogar eingefleischte Schuldengegner begeistert zu.

Die Stadt beauftragte die Beratungsfirma kplan, einen Wirtschaftlichkeitsvergleich zu erstellen. Der Vergleich sollte die Entscheidung des Rates erleichtern. Ist eine konventionelle Lösung oder PPP für Krefeld günstiger?

Doch inwieweit können sich Ratsmitglieder bei ihrer Entscheidung auf den Wirtschaftlichkeitsvergleich verlassen?

Konventionelle Lösung: Die Stadt als Bau-trägerin ist für die Planung, das Finanzierungs-konzept zuständig, hat die Aufsicht und ist später für die Bewirtschaftung des Gebäudes verantwortlich.

PPP: Sämtliche Planungsschritte, Finanzierung, Bauaufsicht und spätere Bewirt-

schaffung der Feuerwache für 30 Jahre oder mehr liegen bei einem privaten Kon-sortium. Es gibt verschiedene Varianten: http://de.wikipedia.org/wiki/Öffentlich-private_Partnerschaft

Expertise Feuerwache

Um sich und der interessierten Öffentlich-keit in Krefeld eine fundierte Meinungsbil-dung über das Verfahren und die Vergabe über PPP zu ermöglichen, beauftragte die Ratsgruppe DIE LINKE den Experten für PPP, Werner Rügemer, eine Expertise zu verfassen. Nach seiner Einschätzung wur-de die Beratungsfirma kplan zu früh ein-geschaltet, sie sei ein Lobbyist für PPP und habe ohne verlässliche Daten gearbeitet.

Der Wirtschaftlichkeitsvergleich von kplan hat nach Werner Rügemer zudem wesent-liche Mängel:

1. So basiere die Wirtschaftlichkeitsbe-rechnung auf groben Schätzungen, „Da-ten und Verfahren für diese Schätzungen hat kplan nicht offen gelegt.“ Richtig wäre es gewesen, die Stadt hätte eine eige-ne Kostenschätzung vorgenommen. Der Wirtschaftsvergleich von kplan sei unseri-ös und mangelhaft.

- 2, müsse ein sinnvoller Vergleich von kon-kreten Angeboten ausgehen, erst dann sei es möglich die konventionelle Lösung mit PPP-Angeboten zu vergleichen. Hier wur-de ebenfalls eine grobe Schätzung vorge-nommen, die lediglich auf Vertragsinhal-ten basiert. Die Argumentation stütze sich lediglich auf bislang abgeschlossene Ver-

Kreditaufnahme (Verschuldung) heißt jetzt PPP

Mindestens 85,7 Millionen für die Feuerwache.

Neubau Feuerwache,
Auftragsvergabe: 11 mal Daumen

träge, nicht auf Fakten. Die von Investoren versprochenen „Effizienzvorteile“ wurden nicht aufgrund von Erfahrungen prognostiziert.

3. kplan führe als Vorteil von PPP an, dass hier der gesamte Lebenszyklus gekoppelt an eine 30jährigen Laufzeit beachtet würde und sich daraus die günstigste Lösung ergebe. Kplan unterschläge dabei jedoch, dass der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes wie der Feuerwache bis zum dreifachen der angegebenen Zeit daure und nach 30 Jahren, wenn der Investor aussteige, Kosten für Reparaturen und notwendige Erneuerungen gerade erst begönnen.

4. Optimierungen, die als Vorteile in PPP möglich würden, wären auch möglich im konventionellen Verfahren. Beispiel: in PPP könnten pflegeleichte Pflanzen platziert werden, natürlich können sie auch bei einem konventionellen Verfahren eingesetzt werden.

Die Argumentation von kplan, die Stadt könne Stellen in der Verwaltung einsparen, da der Investor Planung und Kontrolle selbst übernehme, ist eine Bankrotterklärung.

Die Stadt verlöre durch einen Stellenabbau qualifizierte Arbeitskräfte, die für eine Kontrolle größerer Bauprojekte dringend erforderlich sind. Außerdem lässt sich die Stadt die Kontrolle aus der Hand nehmen und begibt sich in Abhängigkeit großer Konzerne.

Wegfall einer qualifizierten Kontrolle würde heißen, SKE (Unternehmen, das 2013

den Zuschlag bekommen hat) oder deren Nachfolgerin könnten machen, was sie wollen.

SKE (VINCI-Konzern) bekommt den Auftrag

Um eine Entscheidung für oder gegen eine konventionelle Lösung zu treffen, wurde eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus verschiedenen Ausschüssen gebildet. Welche Rolle kplan dabei spielte ist nicht klar. 12 mal tagte diese Arbeitsgruppe. Knapp eineinhalb Jahre später ist man sich einig: Der Bau und die weitere Unterhaltung soll in PPP laufen. Der Vergabeausschuss beschließt am 30. November 2011 das Ausschreibungsverfahren. Am 12. Juli 2012 lagen fünf Angebote vor.

Vergeben wurde der Auftrag an das Mannheimer Unternehmen SKE, Tochter



des französischen Baukonzerns VINCI. Die Vertragsunterzeichnung war am 14. November 2013.

Jährlich muss die Stadt nun 2.070.000 Euro „Miete“ zahlen, für den Unterhalt und die Bewirtschaftung des Gebäudes kommen 785.000 Euro hinzu, wobei die Bewirtschaftungskosten angepasst werden können (Preissteigerungen, Inflationsrate...) Das sind ohne mögliche Kostensteigerungen insgesamt 85,7 Millionen für die Feuerwache. Elbphilharmonie in Klein?

Verträge, die sich einer öffentlichen Kontrolle durch die Geheimhaltungspflicht entziehen, sind obskur. Fakt ist, dass private Unternehmen möglichst viel Geld verdienen wollen, das ist ihr Recht. Warum dies aber unter Ausschluss der öffentlichen Kontrolle geschehen soll, ist nicht nachzuvollziehen. Bei allen bislang schon laufenden Projekten sind die Kosten deutlich höher als vorher angegeben. In vielen Fällen haben aus diesem Grund die Landesrechnungshöfe interveniert. Von ihnen wird kritisch angemerkt, dass die langfristigen Zahlungsverpflichtungen in den Haushaltsplänen der Kommunen nicht auftauchen, die Zahlungsverpflichtungen werden auf diesem Weg der Kontrolle durch die kommunalen Gremien entzogen. Der Einredeverzicht, der wohl in allen PPP-Verträgen enthalten ist, bedeutet, die Kommunen zahlen in jedem Fall – unabhängig vom Verlauf der Arbeiten, ja selbst dann, wenn das Unternehmen in die Insolvenz geht und die Arbeiten nicht fertig gestellt werden.

Eigenwerbung des VINCI-Konzerns:

VINCI ist ein weltweit tätiger Konzessions- und Baukonzern. Er beschäftigt ca. 193 000 Mitarbeiter in rund hundert Ländern.

10-Jahres-Rendite einer Geldanlage in VINCI-Aktien

Bei einer Investition von 1 000 € am 1. 1. 2004 hätte sich das Kapital eines Anlegers bis zum 31. 12. 2013 auf 4 384 € vermehrt, vorausgesetzt, die ausgeschüttete Dividende wurde jeweils reinvestiert. Seine Investition entspricht folglich einer Rendite von fast 16% pro Jahr.

Feuerwache – Fass ohne Boden?

Für die Krefelder BürgerInnen ist es wichtig zu wissen:

- » Wer hat Einsicht in die Verträge?
- » Haben alle StadträtInnen die Verträge vor der Abstimmung einsehen können?
- » Welche Klauseln gibt es in dem Vertrag, die beschlossene Vereinbarungen außer Kraft setzen können?
- » Ist im Vertrag vorgesehen, dass Forderungen, die SKE gegenüber der Stadt hat, an eine Bank im Rahmen einer Forfaitierung mit Einredeverzicht verkauft wird? Wenn ja, welche Bank ist dies?
- » Wie sieht die Gewährleistung für die

Kreditaufnahme (Verschuldung) heißt jetzt PPP

Mindestens 85,7 Millionen für die Feuerwache.

Neubau Feuerwache,
Auftragsvergabe: Pi mal Daumen

Gebäude aus? Kann die Stadt hieraus Regressansprüche ableiten?

» Ist es möglich, dass der Investor das PPP-Projekt an ein anderes Unternehmen, z.B. einen Hedgefond verkauft?

» Was geschieht, wenn der Investor insolvent wird?

» Wie hoch sind die möglichen Kostensteigerungen aufgrund der Verträge?

Die Feuerwache soll nicht das einzige Projekt sein, dass über PPP finanziert wird. Schon sind andere Projekte im Gespräch:

Bereits vor vier Jahren schlug die FDP vor, die Untertunnelung der A57 in PPP umzusetzen. Aber auch für die mehr als notwendige Straßensanierung, für Schulbauten, die Sanierung des Seidenweberhauses, ein neues Stadion werden PPP-Lösungen erwogen. Irgendwann hat die Stadt Krefeld alle Einnahmen, über die sie verfügt, Jahrzehnte im voraus vertraglich gesichert bereits an private Unternehmen vergeben. Da bleibt für die BürgerInnen nichts mehr. Die Stadtverwaltung ist in Privathand (Ziel des Bertelsmannkonzerns und anderer), der Rat nickt die Ausgaben formal ab, weil alles einer inneren Logik folgt. Die Demokratie auf kommunaler Ebene ist privatisiert und ...weg.

○

Quelle: _____

<http://www.krefelder-buergerforum.de/wp-content/uploads/FeuerwacheErpertise.pdf>

Forfaitierung mit Einredeverzicht bedeutet: Der Investor verkauft Mietforderungen gegenüber der Kommune an die Bank, die Bank zahlt die vereinbarte Vertragssumme (forfait = Pauschalpreis) aus. Die Kommune muss nun an die Bank zahlen und zwar unabhängig davon, ob der Bau oder die Bewirtschaftung des Objekts in Ordnung ist oder nicht. Die Kommune muss sogar zahlen, wenn der Investor in die Insolvenz geht. (Einredeverzicht)

s. hierzu auch den Artikel von Werner Rügemer im Freitag v. 07.09.2007 <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/forfaitierung-mit-einredeverzicht>



Geldverschwendung durch Energievergeudung

Seit etwa 20 Jahren verschwendet die Stadt Krefeld erhebliche Mittel indem sie sich weigert, an einem bundesweit anerkannten Energiesparprogramm teilzunehmen. Gleichzeitig trägt sie so in unverantwortlicher Weise zur Klimakatastrophe bei.

Schon in den 1990er Jahren hatten die Grünen im Rat der Stadt Krefeld beantragt, die Stadt möge sich an dem Energiesparprogramm „fifty/fifty PLUS“ beteiligen. 2008 griff das Arbeitslosenzentrum Krefeld die Idee noch einmal auf mit dem Antrag an die Stadt, durch Teilnahme an dem Programm könne das ALZ für die Stadt Krefeld kostenneutral bezuschusst werden. In beiden Fällen lehnte die Ratsmehrheit ab bzw. weigerte sich, überhaupt über den Vorschlag zu sprechen.

Worum geht es?

Das bundesweite Klima-Bündnis und das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) haben 1994 das Projekt fifty/fifty PLUS ins Leben gerufen. Ziel des Projektes

ist, in öffentlichen Gebäuden (besonders an Schulen) Energie einzusparen durch technische Änderungen – vor allem aber durch Verhaltensänderung. Allein durch das Thematisieren von Energiefragen, Klimakatastrophe etc. erreicht man z.B. eine Energieeinsparung von 10 %.

Das besondere an der Idee ist, dass von dem eingesparten Geld z.B. 50 % an der Schule bleibt, womit die marode Substanz saniert oder soziale Projekte unterstützt werden können.

Berechnungen haben ergeben, dass an den 42.000 deutschen Schulen jährlich ca. 200 Millionen Euro an Energiekosten – vorrangig durch Verhaltensänderungen – eingespart werden könnten. Das sind 4.762 Euro pro Schule und Jahr.

In Krefeld gibt es ca. 80 Schulen. Damit könnten in Krefeld jährlich ca. 380.000 Euro eingespart werden, wovon beispielsweise die Hälfte den Schulen, die andere Hälfte aber der Stadt Krefeld zugute kämen. Das entspräche allein in diesem Jahr der Summe, die die Vereine und freien Kultureinrichtungen tragen sollen. Damit wäre z.B. die Uerdinger Bücherei gerettet.

Hochgerechnet auf die letzten 20 Jahre der Weigerung sich an dem Projekt zu beteiligen ergibt sich die unglaubliche Summe von 7,619 Millionen Euro, auf die die Stadt Krefeld verzichtet hat.

Quellen: _____

[http://: fiftyfiftyplus.de](http://fiftyfiftyplus.de)



Mit der Flatrate zum Fenster raus

Erfahrungsbericht eines Krefelder Lehrers (Name ist der Redaktion bekannt)

„Energieeinsparung in Schulen

Seit bestimmt 20 Jahren ist auch das Thema „Energiesparen“ an verschiedenen Schulen thematisiert worden. Modelle wie 50/50 wurden dabei favorisiert, weil dabei auch eine finanzielle Belohnung für die teilnehmenden Schulen in Aussicht gestellt wird. In vielen Städten wird dieses Modell seit vielen Jahren mit Erfolg beworben und es nehmen immer mehr Schulen daran teil. Die finanziellen Einsparungen können genau benannt werden.

Ende 2012 gab es in 186 der ca. 400 Kommunen in NRW schon Energiesparmodelle an Schulen. Krefeld hingegen erscheint auf einer Übersichtskarte von NRW als weißer Fleck. (Quelle: Energie-Agentur NRW)

In allen (!) Nachbarkommunen gibt es Energieschulprojekte, zwei davon sind in Vorbereitung.

Daran orientiert wurden auch in Krefeld Beschlüsse in Schulkonferenzen gefasst, damit ein Vertrag zwischen der antragstellenden Schule und der Stadt Krefeld, bzw. der SWK, geschlossen werden könnte.

Stattdessen wurden sog. Contractingverträge (1) mit einer langen Laufzeit abgeschlossen. Ein Überblick über tatsächliche Verbräuche wird nicht gegeben. Schwankungen über die Jahre werden nicht erkennbar. Einsparun-

gen durch gezielte Verhaltensänderungen in Schulen durch bewussteren Umgang mit Ressourcen werden nicht bemerkt und auch nicht honoriert. Damit wird jeglicher Anreiz zum Sparen von Energie genommen.

Stellen diese „Verträge“ in Zeiten wirtschaftlicher Not der Stadt Krefeld doch eine Flatrate für den gedankenlosen Umgang mit Energie dar. Die Raumtemperatur wird dann nach alter Manier durch großzügiges Lüften geregelt. Eine Vorbildfunktion können dann Schulen auch nicht mehr erfüllen. Schüler lernen eher das gedankenlose Verschwenden von Energie. Der Zusammenhang zwischen eigenem Handeln hier und jetzt und den klimatischen Auswirkungen weltweit wird ausgeblendet.

Der ursprüngliche Gedanke einen finanziellen Anreiz für die teilnehmenden Schulen zu geben, wird damit doch ad absurdum geführt. Jeder private Haushalt freut sich über finanzielle Einsparmöglichkeiten oder sogar Rückzahlungen.

Im öffentlichen Raum wird eher der Gedanke gefördert, „ist mir doch egal ... das wird doch von der Stadt bezahlt,“

○

oder wie die Stadt Krefeld zugunsten der Banken auf günstigere Kredite verzichtet

(1) Contracting (englisch die Kontrahierung bzw. adjektivisch vertragschließend) ist nach Wikipedia die Übertragung von eigenen Aufgaben des Rechtssubjekts (<http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtssubjekt>) auf ein Dienstleistungsunternehmen. In seiner Hauptanwendungsform des Liefer-, Anlagen-, Energie- oder Wärme-Contractings (<http://de.wikipedia.org/wiki/Wärme-Contracting>) bezieht sich der Begriff auf die Bereitstellung bzw. Lieferung von Betriebsstoffen (Wärme, Kälte, Strom, Dampf, Druckluft usw.) und den Betrieb zugehöriger Anlagen.

800 Millionen Euro Schulden, dazu ein strukturelles Defizit von weiteren 50 Millionen. Betriebswirtschaftlich gesehen ist Krefeld ganz einfach pleite.

Das Tagesgeschäft und damit die eigene (Rest-) Handlungsfähigkeit sichert der Kämmerer über so genannte Kassenkredite ab – zu zurzeit äußerst günstigen Zinssätzen. Aber nur zurzeit! Und nur für den Tagesbedarf.

Das kann sich schnell wieder ändern, abhängig von der EZB und der Weltwirtschaft. Und dann läuft die Verschuldung ganz aus dem Ruder.

Noch wichtiger sind die langfristigen Kredite. Und davon hat Krefeld mehr als genug.



Ein großer Teil des städtischen Haushalts geht in den Schuldendienst, damit werden beträchtliche Summen für Zinszahlungen an die Banken ausgegeben.

Genau hier setzt die Idee des Bürgerkredits an.

Der Bürgerkredit kann eine günstige Alternative zur Kreditaufnahme bei einer normalen Geschäftsbank sein. Er kann zudem die Abhängigkeit von Banken reduzieren und zum Beispiel flexibler als Bankkredite gehandhabt werden.

Im Nebeneffekt steigert er die demokratische Beteiligung der Bürger und die Identifikation mit der Kommune.

Ein aktuelles Beispiel für ein durch einen Bürgerkredit finanziertes Projekt bietet Krefelds Nachbarstadt Willich. Hier wurde 2013 über ein „Bürgerdarlehen der Stadt Willich“ eine „moderne, ökologische und hervorragend ausgestattete Schulmensa“ gebaut. Insgesamt 1,7 Mio. Euro wurden von Willicher Bürgern zu einem für beide Seiten Gewinn bringenden Zinssatz von 3,6 % gebaut. Die Stadt Willich warb für ihr Projekt mit dem Slogan: „Ihr Geld zu attraktiven Konditionen anlegen und dann noch in ein sinnvolles Projekt investieren - was wollen Sie mehr?“

Auch andere Städte arbeiten inzwischen mit dem Finanzmodell „Bürgerkredit“: 2009 schloss die Stadt Quickborn Bürgerkredite mit ihren Bürgern zu einem Zinssatz von 3 % ab – immerhin 1 % günstiger als ein vergleichbarer Kommunalkredit. Die Stadt Stralsund will eine neue Biogas-

anlage über Bürgerkredite finanzieren, in Nürnberg denkt man über eine Bürgeranleihe nach, in der Stadt Oestrich-Winkel soll eine Feuerwehrausrüstung über das Bürgerkredit-Modell finanziert werden.

Und in Krefeld? Hier ist die Welt noch in Ordnung – für Finanzhaie. Weiterhin sollen öffentliche Projekte wie die neue Feuerwache privat finanziert werden. Und der Investor verspricht seinen Anlegern sage und schreibe 15 % Rendite. Also auf nach Krefeld!



Quellen: _____

<http://www.heimatinvest.de/content/willich>

<http://www.wikipedia.org/wiki/bürgerkredit>

„Ja is denn heut scho' Weihnachten?“

Haushaltsplanung „op Kriewelsche Manier“

Franz Beckenbauers Handy-Werbespot machte den Satz „Ja is denn heut scho' Weihnachten?“ berühmt. Davon ließen sich anscheinend die Krefelder Haushaltsplaner inspirieren, als sie den Doppelhaushalt für 2013 und 2014 aufstellten. Denn, so sagt die IHK (1): Zurzeit rechnet Krefeld so, als gäbe es jeden Monat Weihnachtsgeld. Und warnte schon 2012 davor, dass die Berechnungen zum Gewerbesteueraufkommen wenig realistisch seien.

Die 30 Millionen Euro Gewerbesteuer, um die sich der Kämmerer für 2013 und wohl auch für 2014 verschätzt hat, führt die IHK darauf zurück, dass 2011 für Krefeld bei der Gewerbesteuer ein Rekordjahr mit fast 140 Millionen Euro Einnahmen war. Und das wurde einfach auch für die Zukunft angenommen, obwohl die Stadt in den vergangenen 16 Jahren jedes Jahr nur gut 100 Millionen Euro Gewerbesteuern eingenommen hatte.

Zwar war dies keine Willkür von Kämmerer Cyprian, dem die IHK bestätigt, mit seinen Schätzungen technisch und rechtlich richtig gehandelt zu haben. Aber überraschen durfte der Rückgang der Gewerbesteuer auf ein normales Maß weder Verwaltung noch Politik, schon gar nicht nach der deutlichen Warnung der IHK an den Oberbürgermeister vom 19. November 2012.(1)

Nun ist Krefeld in Folge der Haushalts-Fehlplanung in den Nothaushalt gerutscht. Das trifft zunächst und vor allem die freiwilligen Ausgaben der Stadt. Wobei der Begriff „freiwillig“ darüber hinweg täuscht, dass dabei wesentliche Beiträge der Stadt

für soziale und kulturelle Einrichtungen Krefelds gekürzt oder ganz gestrichen werden. Sie waren nur nicht vertraglich abgesichert. Oder glaubt jemand ernsthaft, dass zum Beispiel der Fahrdienst für Behinderte(2), die AWO-getragene Sozialbetreuung türkischer Mitbürger oder die „Kunst in Krefeld“ unwichtig weil freiwillig sind?

Im Verhältnis zum 30 Mio. Euro Loch im Haushalt sind diese Kürzungen ein Tropfen auf den heißen Stein. Ihre Wirkung ist aber für das soziale und kulturelle Leben der Stadt bitter bis verheerend. Und für die Betroffenen ist eine freudige Überraschung nach dem Motto „Ja is denn heut scho' Weihnachten?“ nicht zu erwarten.



Quellen: _____

- (1) <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/krefeld-lebt-ueber-seine-verhaeltnisse-aid-1.3654951>
- (2) <http://www.wz-newsline.de/lokales/krefeld/stadtleben/fahrten-fuer-behinderte-werden-halbiert-1.1595987>



Beschluss über ~~Kürzungen~~ der Stadt Krefeld

Ratssitzung vom 12.12.2013

Beschreibung	Ergebnis 2013	Planung 2014	Kürzung
Mitglieder der AG d. Wohlfahrtsverbände			
nach dem Solidaritätsprinzip			
gem. §5 SGB XII	49.090,00 €	39.000,00 €	20,55 %
Kulturfabrik	76.630,00 €	72.985,00 €	4,76 %
Krefelder Musiker Initiative			
(Miete Bunker Löschenhofweg)	8.350,00 €	7.000,00 €	16,17 %
Behindertenfahrdienst	110.000,00 €	80.000,00 €	27,27 %
Senioreneinrichtungen der Stadt Krefeld			
für Alterserholungsmassnahmen			
auf Gut Schirmau	301.640,00 €	300.000,00 €	0,54 %
Krefelder Familienhilfe e. V.	36.750,00 €	30.400,00 €	17,28 %
AIDS-Hilfe Krefeld e.V.	77.620,00 €	75.000,00 €	3,38 %
Förderung des besonderen			
Weihnachtsmarktes	980,10 €	— €	100,00 %
Förderung der sonstigen			
nichtstädtischen Kulturarbeit	52.408,80 €	46.681,00 €	10,93 %
Frauenkulturbüro NRW	7.759,00 €	— €	100,00 %
Werkhaus	25.857,00 €	22.984,00 €	11,11 %
Krefelder Kunstverein	12.438,00 €	11.056,00 €	11,11 %
Kunst in Krefeld	2.984,40 €	— €	100,00 %
VdK Kreisverband Krefeld	4.562,10 €	4.055,00 €	11,12 %
Essen auf Rädern	7.128,00 €	— €	100,00 %
Träger von Nachbarschaftstreffpunkten	3.644,10 €	— €	100,00 %
Maßnahmen für ausländische Mitbürger	15.325,20 €	— €	100,00 %

Beschreibung	Ergebnis 2013	Planung 2014	Kürzung
Arbeiterwohlfahrt zu den Personalkosten zur			
Sozialbetreuung der türkischen Mitbürger	34.169,40 €	— €	100,00 %
Betreutes Wohnen für Nichtsesshafte	11.850,30 €	10.534,00 €	11,11 %
Außerschulische Jugendbildung	900,00 €	— €	100,00 %
Kinder- und Jugendfreizeiten	25.200,00 €	25.000,00 €	0,79 %
Projektförderung Offene			
Kinder- und Jugendarbeit	27.000,00 €	— €	100,00 %
Arbeit im sozialen Brennpunkt			
und in vergleichbaren Quartieren	18.000,00 €	16.000,00 €	11,11 %
Programm zur energetischen Sanierung der Einrichtungen			
der Sportvereine	45.000,00 €	25.000,00 €	44,44 %
Sozialdienst katholischer Frauen zur Schwangerschafts-			
konfliktbewältigung	15.325,20 €	13.622,00 €	11,11 %
Donum Vitae zur Schwangerschafts-			
konfliktbewältigung	15.325,20 €	13.622,00 €	11,11 %
Diakonie KR/VIE zur Schwangerschafts-			
konfliktbewältigung	15.325,20 €	13.622,00 €	11,11 %
Pro Familia zur Schwangerschafts-			
konfliktbewältigung	15.325,20 €	13.622,00 €	11,11 %
Psychosoziale Hilfe Krefeld e. V.	20.448,00 €	18.176,00 €	11,11 %
Selbsthilfekontaktstelle	16.438,50 €	14.612,00 €	11,11 %
Schwangerennotruf	17.820,00 €	15.840,00 €	11,11 %
IG Krebsnachsorge Krefeld e. V.	13.284,00 €	11.808,00 €	11,11 %
Naturschutzverbände/-vereine für Maßnahmen			
des Naturschutzes/ der Landschaftspflege	4.535,10 €	— €	100,00 %
Förderung des Biotop- und Artenschutzes	2.367,70 €	1.000,00 €	57,76 %

Nicht überall wurde gekürzt –

11.620 € Zuschuss an Vertriebene aus Ostpreußen bleibt

Knapp 12.000 Euro jährlich erhält der Vertriebenenverein „Die Kreisgemeinschaft Insterburg“ jährlich von der Stadt. Seit 60 Jahren besteht eine Patenschaft zwischen Krefeld und diesem Verein, den die Stadt Krefeld jährlich mit einem erheblichen Betrag bezuschusst hat. Und nichts wurde gekürzt.

Legten wir diesen Betrag zugrunde, wäre das ein Zuschuss über die 60 Jahre von 720.000 Euro gewesen! Dieses Geld erhält ein Verein, dessen Stiftung nach eigenen Angaben in der Lage ist, sich das Alte Rathaus in Uerdingen zu kaufen(1).

Warum hier nicht gekürzt wird, lässt sich schnell ermitteln. Diese Leistung wurde dem Verein von der Stadt vertraglich zu-

gesichert. Bleibt die Frage: warum werden einem reichen Vertriebenenverein Zuschüsse vertraglich zugesichert, während soziale und kulturelle Einrichtungen vertraglich nicht abgesichert sind und jetzt reihenweise Opfer der Kürzungen werden? Und warum wird die benachbarte 100jährige Bücherei Uerdingen geschlossen, deren Bestand bei der Eingemeindung der Rheinstadt vertraglich zugesichert wurde?

○

Quellen: _____

- (1) <http://www.wz-newsline.de/lokales/krefeld/stadtteile/uerdingen-gellepstratum/insterburger-kaufen-altes-rathaus-1.1222643>



42 Ein lokalpolitisches Märchen.

Etwaige Übereinstimmungen mit der Wirklichkeit sind rein zufällig.

Es war einmal im Vorort einer großen Stadt. Jupp, der Landwirt, zog sich oft den Neid der anderen Bauern zu. Denn meist, wenn für städtische Projekte Land, sogenannte Gemeindebedarfsfläche, zu kleinem Quadratmeterpreis benötigt wurde, waren sie betroffen. Wurden aber Äcker zu lukrativem Bauland, geschah dies oft mit den Grundstücken von Jupp. Man munkelte, dies habe wohl mit seinen exzellenten Verbindungen in die Mehrheitsfraktion des Stadtrats zu tun.

Aber eines Tages war die klammheimliche Freude groß, als es auch mal Jupp traf. Die Stadt wollte eine neue Schule bauen, mit Sportplatz, und das ausgerechnet auf einem Grundstück, das Jupp gehörte. Da der aber an dem Geld, das die Stadt ihm bot, gar nicht so interessiert war, vereinbarte er stattdessen einen Grundstückstausch: für sein Grundstück bekam er ein Mehrfaches an Ackerflächen weit draußen, die bis dahin der Stadt gehört hatten.

Der Tausch war noch nicht lange vollzogen, da meldete sich ein großes Unternehmen bei Jupp. Ausgerechnet seine neuen Äcker draußen vor der Stadt hatten sie sich als Standort für eine große neue Niederlassung ausgeguckt. Welch ein Glück Jupp. Und natürlich auch für die Stadt, die mit dem neuen Betrieb eine Menge neuer Arbeitsplätze bekam. Deshalb ver-

abschiedete der Stadtrat auch in Windeseile einen neuen Bbauungsplan, der den Weg für einen Gewerbebetrieb und für den lukrativen Verkauf von Jupps neuen Äckern als Gewerbefläche frei machte.

Und wenn sie nicht gestorben sind ... Doch halt, wer meint, dass hier schon Schluss ist, kennt sich mit lokalpolitischen Märchen nicht aus. Denn kaum hatte Jupp seine neuen Äcker lukrativ veräußert, da merkte die Stadt, dass sie die Schule doch nicht bauen wollte. Worauf hin Jupp sein altes Grundstück wieder zurück kaufte. Und das wurde dann später von der Stadt als Bauland ausgewiesen.

Jetzt also: und wenn sie nicht gestorben sind, leben sie fröhlich feixend bis ans Ende ihrer Tage.



Sozialbündnis Krefeld

Die gesellschaftliche Situation in Deutschland ist seit einigen Jahren gekennzeichnet von starken sozialen Verwerfungen. Sie zeigen sich an so unerträglichen Auswüchsen wie:

- Kinderarmut (jedes 4. Kind)
- Lohndumping (20% Niedriglohnssektor)
- Entrechtung Erwerbsloser (Hartz IV)
- Altersarmut
- Arbeiten bis zum Umfallen und Rentenkürzung (Rente mit 67)
- Bildungsnotstand
- Zwei-Klassen-Medizin
- Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille, der Reichtum weniger wird erst möglich durch die Armut vieler. Armut zu beseitigen ist daher eine Frage der Gerechtigkeit. Jedoch nimmt der Staat seine Aufgabe, eine Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, schon lange nicht mehr wahr. Vielmehr wird eine Umverteilung von unten nach oben betrieben, entsprechend der neoliberalen Politik. Auch im Krisenjahr 2009 sind die Vermögen der Reichen um 11% gewachsen. Die Absicht, 30 Milliarden Euro im Sozialhaushalt zu sparen, während die Vermögenden ungeschoren bleiben, wird diese Entwicklung verstärken.

- Dagegen wehren wir uns. Wir verlangen eine Politik,
- die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist
- die einen Schwerpunkt auf die Beseitigung von Armut legt
- die starken Schultern mehr auferlegt als schwachen
- die Bildung und Gesundheit unabhängig von der Einkommenslage garantiert
- die Dumpinglöhne verhindert
- die das solidarische Rentensystem erhält anstatt die Lebensarbeitszeit zu verlängern

Viele Menschen setzen sich seit Jahren mit ihren Organisationen für eine solche Politik ein. Verbessert hat das wenig. Die BündnispartnerInnen des Sozialbündnis Krefeld sind deshalb überzeugt, dass sich die negative Entwicklung der letzten Jahre nur durch eine gemeinsame Gegenwehr aufhalten lässt.

Bei aller Unterschiedlichkeit werden wir uns gegenseitig respektieren und den Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit gemeinsam und solidarisch gestalten – gewaltlos, aber konsequent.

Aus den unterschiedlichen Problemen und unseren unterschiedlichen Ansätzen ergeben sich verschiedenen Aktionsformen. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel, das wir nicht nur mit gemeinsamen Aktionen, sondern auch auf unterschiedlichen Wegen erreichen wollen. Diese Wege sind zum Beispiel die Aktivierung der Betroffenen, entsprechende aufbereitete Informationen, aktive Teilnahme an Infoständen, Demonstrationen und Mahnwachen, wenn erforderlich auch ziviler Ungehorsam.

Wir sind den Werten der Aufklärung und sozialen Gerechtigkeit verpflichtet, das schließt Nazis vom Bündnis aus.

Gemeinsam und solidarisch für ein soziales Krefeld.



Alt-Katholische Kirchengemeinde • Anstoss e.V. • Arbeitskreis Dritte Welt e.V. • attac Krefeld • Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Krefeld • Bürgerinitiative Rund um St. Josef • Cityseelsorge • Crew Seidenstadt-Piraten der Piratenpartei NRW • DIE LINKE. Krefeld • DGB Krefeld • DKP Linker Niederrhein • Emmaus Gemeinschaft Krefeld e.V. • Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Krefeld-Neuss • IG Metall Krefeld • Katholikenrat für die Region Krefeld / Meerbusch • Katholische Arbeitnehmerbewegung mittlerer Niederrhein • Ökumenisches Arbeitslosenzentrum Krefeld-Meerbusch e.V. • RABE Krefeld • Schulter-schluss-Niederrhein • Solidaritätshaus Krefeld e.V. • Sozial Atlas e.V. • ver.di Bezirk Linker Niederrhein • und Einzelpersonen